

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Er erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21206 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontofonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
gefand 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-  
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 133

Dresden, Mittwoch, 11. Juni

1924

## Der Sturz Millerands.

329 gegen 214 Stimmen.

Paris, 10. Juni.

### Die entscheidende Kammer Sitzung.

Paris, 10. Juni.  
Heute nachmittags um 3 Uhr setzte sich die Regierung Marjál der Kammer mit einer kurzen Erklärung vor. Sie betonte einleitend, daß das Kabinett nur konstituiert sei zu dem Zweck, dem Parlament die Regie-  
leitung zu geben, zu der Debatte konstitu-  
tioneller Natur Stellung zu nehmen, die seit einigen Tagen im Parlament geführt  
werde. Das neue Ministerium habe unter diesen  
Umständen auf die Aufstellung eines  
eigenen Regierungsprogramms ver-  
zichtet. Seine Mission habe ein bestimmtes und  
engbegrenztes Ziel. Entweder das Parla-  
ment spreche sich dahin aus, daß die  
konstitutionellen Regeln unantastbar  
und dem Streit der Parteien entrückt  
sein müssen. In diesem Falle bestünde das Schick-  
sal der Republik darin, daß die  
Präsidenten der Republik entgegenzunehmen.  
Im anderen Falle, d. h. wenn das Parlament  
die in der Verfassung des Präsidenten  
formulierten Prinzipien nicht billige,  
werde das neue Ministerium dem Prä-  
sidenten von dem Scheitern seiner  
Mission Mitteilung machen, und dieser  
werde daraus die Konsequenzen ziehen.

Zu der Verfassung des Gesetzes, die dann  
zur Verlesung gelangte, erinnerte Millerand daran,  
daß er mit 685 Stimmen zum Präsidenten ge-  
wählt worden sei und bereits damals erklärt  
habe, daß er nur in das Elisee gehe, um  
eine nationale Politik des sozialen Fortschritts, der  
Ordnung, der Arbeit und der Einheit zu ver-  
wirklichen. Diese Politik wird anschließend im  
einzelnen dargelegt und dann behauptet Miller-  
and, die Prinzipien, die er sich damals zum Ziel  
gesetzt habe, getreulich innegehalten zu haben,  
obwohl das Land am 11. Mai seinen  
Zweifel darüber gelassen habe, daß es  
dabei wesentlich anderer Auffassung  
ist, als er selbst. Die Verfassung weiß schließlich  
darauf hin, daß der Präsident vom Parlament  
nur bei Hochverrat zur Verantwortung gezogen  
werden könne und die Verfassung die Amtsdauer  
des Präsidenten auf sieben Jahre festgelegt habe,  
um sie den wechselnden Strömungen der Tages-  
politik zu entziehen. Sie gibt der Erwartung  
Ausdruck, daß das Parlament die Ver-  
fassung respektieren werde. Wenn das  
nicht der Fall sein sollte, heißt es weiter, wenn  
die Entscheidung dahin fallen sollte, daß der  
Präsident eine Weisheit künftig genügen solle,  
den Präsidenten zu zwingen, aus politischen  
Gründen abzutreten, so würde damit der Prä-  
sident zum Spielball in der Hand der  
Parteien werden. Die Verfassung der Weisheit  
nennt die Verfassung revolutionär.

„Gewaltige Notgedrungen bemühen sich im  
Parlament die Parteien, daß die neue  
Legislationsperiode mit einem revolutionä-  
ren Akt beginne. Die Kammer wird es  
ablehnen, ihnen zu folgen. Der Senat aber,  
getreu seiner Tradition, wird, wie er es stets  
in schwierigen Situationen gewesen ist, auch  
diesmal wieder der sichere Hort der Ver-  
fassung bleiben.“  
Eine konstitutionelle Frage von der Tragweite,  
wie sie durch die gegenwärtige Krise aufgeworfen  
sei, heißt es weiter, kann nicht durch Beschlässe  
einzelner oder politischer Gruppen geregelt werden.  
Deshalb, so schließt die Verfassung, wendet sich der  
Präsident an die neue Kammer, zu deren Klug-  
heit, Vaterlandsliebe und republikanischer Gesinnung  
er volles Vertrauen habe. Er habe seine Pflicht  
getan, nimmte sei es Sache des Parlamentes,  
auch seinerseits die Verantwortung zu übernehmen.

Nachdem Marjál die Verfassung des Elisee  
verlesen hatte, wurde von dem Rat der  
Linken folgender gemeinsamer Antrag  
eingetragen:

Die Kammer, entschlossen, in  
keiner Weise Beziehungen zu einem

Das Bureau des Präsidenten der Republik veröffentlicht folgende Note:  
Der Ministerpräsident hat sich mit den Ministern zum Elisee be-  
geben, um dem Präsidenten Mitteilung von den Vorgängen im  
Parlament zu machen. Millerand dankte Marjál und seinen Kollegen  
lebhafte für die Unterstützung, die sie ihm bei der Verteidigung der Ver-  
fassung gewährt hätten. Da die Minister ihre Demission anboten, ant-  
wortete Millerand, daß er angesichts der Zeitungsbefehle  
aus Kammer und Senat, die ihm der Ministerpräsident er-  
statet habe, zurückzutreten beschlossen habe. Er er-  
bittet dementsprechend das Kabinett, im Amte zu bleiben. Der  
Ministerrat wird morgen vormittags zusammentreten. Die Demission des  
Präsidenten der Republik wird Kammer und Senat in der morgigen Nach-  
mittagsitzung bekanntgegeben werden.

Ministerium zu treten, dessen Zu-  
sammensetzung eine Negation der  
Rechte des Parlamentes ist, lehnt  
die verfassungswidrige Debatte,  
die man ihr aufzwingen will, ab und be-  
schließt, jede Diskussion zu vertagen bis zu  
dem Zeitpunkt, da sich ihr ein in Übereinstim-  
mung mit dem souveränen Willen des Landes  
konstituiertes Ministerium präsentiert wird.“

Die Erklärung der Regierung wurde von der  
Rechten und der Mitte mit Beifall, von der  
Linken mit Schweigen aufgenommen. Präsident  
Poincaré verlas hierauf die vorliegenden Inter-  
pellationen sowie die Resolution des  
Rat der Linken.  
Der Ministerpräsident Marjál stellte am  
Schlusse seiner Rede die Vertrauensfrage.  
Der Verfassungsantrag Herzot wurde  
schließlich mit 329 gegen 214 Stimmen  
angenommen. Nach der Abstimmung be-  
schloß die Mehrheit den Wortlaut der heute  
angenommenen Tagesordnung und das Ergebnis  
der Abstimmung, d. h. die Kammerentscheidung  
der Abgeordneten, die für oder gegen die Tages-  
ordnung gestimmt hatten, im ganzen Lande zu  
verbreiten. Die Kammer beendete die Ses-  
sion um 7 Uhr abends und vertagte sich auf  
Mittwoch nachmittags 3 Uhr, um eine Erklärung  
der Regierung entgegenzunehmen.

### Die Haltung des Senats.

Paris, 10. Juni.  
Der Senat hat nach der Verlesung der Ver-  
fassung des Elisee mit 154 gegen 144 Stimmen die Ver-  
fassung der von dem ehemaligen Landwirtschafts-  
minister Geron einbrachten Inter-  
pellation beschlossen. Dieser Beschluß be-  
deutet, daß der Senat das Wort der Kammer  
abwarten und es auf keinen Fall zu einem  
Gegensatz zwischen sich und der Kammer  
kommen lassen will.

### Die Präsidentschaftskandidaten.

Paris, 11. Juni.  
Die Wahl des neuen Präsidenten  
der Republik wird jedenfalls am Freitag  
um 1 Uhr mittags in Versailles stattfinden.  
Morgen werden die Parteien der Mehrheit von  
Kammer und Senat eine Vorabstimmung vor-  
nehmen. Es fragt sich, ob das Kartell der  
Linken noch weitere Abgeordnete zu dieser Hand-  
lung zuziehen werde. Nach dem „Echo de Paris“  
sollen alle die hinzugezogen werden, die dafür  
gestimmt haben, daß die Kandidatur des  
Kammerpräsidenten Poincaré angeklagen wird.  
Bis jetzt spricht man nur von dem Kan-  
didaten Poincaré. Die Mitglieder der  
Mittelpartei halten auch die Kan-  
didatur des Senatspräsidenten  
Doumergue für möglich. Einzelne sprechen  
auch von einem Kassenjäger. In Verbin-  
dung hiermit sind bereits zwei Namen genannt  
worden, die Senatoren Pams und René  
Mensaul. Die Mitglieder der Linken jedoch  
nehmen an, daß der einstimmige Kandidat der

Rechtsparteien Pams sein werde. Nach  
der Verlesung führt bis zur Aufstellung des  
neuen Präsidenten der Republik und bis zur  
erfolgten Ernennung seines ersten Kabinetts das  
Ministerium Marjál die Geschäfte weiter.  
Das Kabinett hat also nur formell seine  
Demission eingereicht. Die tatsächliche  
Demission des Kabinetts kann erst erfolgen,  
wenn die Ernennung des Präsidenten der Republik  
vollzogen ist.

### Keine Verfassungsänderung bei Aus- führung der Sachverständigenutachten.

Berlin, 10. Juni.  
Die das Kammer-Bureau von unterrichteter  
Seite erfährt, besteht kein Reichskabinett  
zunehmende Einmütigkeit darüber, daß die  
in Ausführung der Sachverständigen-  
gutachten noch notwendig werdenden  
Änderungen keine Verfassungsänderung  
bedingen. Am schwierigsten scheine die Frage,  
ob die Umwandlung der Eisenbahnen  
eine Verfassungsänderung nach sich ziehe. In  
dieser Frage liegt nunmehr ein Gutachten  
des Reichsjustizministeriums vor, das in  
seiner Grundzüge ausführt: Wenn schon in der  
Reichsverfassung die Eisenbahn als Reichseigentum  
bezeichnet wird, so handelt es sich bei der  
Ausführung der Sachverständigenutachten darum,  
die im Reichseigentum zu erhalten. Eine  
Verfassungsänderung läge erst dann vor,  
wenn neben dem Reich auch noch andere juris-  
tische Personen Unternehmer wären. Durch das  
Sachverständigenutachten wird die Eisenbahn  
lediglich in ein Aktienunternehmen  
umgewandelt. So lange das Reich die Aktien  
allein besitzt, ist die Reichsverfassung gewahrt,  
da die Reichsverfassung nicht vorschreibt, in welcher  
Form die Eisenbahn Eigentum des Reiches sein  
muss. In dem Vertrag muß lediglich bestimmt  
werden, daß es sich um Inhaberkarten han-  
delt. Bei den anderen auf dem Wege der Ge-  
sehung zu regelnden Materien liegen solche  
Schwierigkeiten überhaupt nicht vor. Nach diesen  
Aussagen wird sich das Reichskabinett in seiner  
morgigen Sitzung mit der Frage beschäftigen,  
nach welcher Methode die Sachverständigenutachten  
in Ausführung zu bringen sind.

### Belgien läßt die politischen deutschen Gefangenen frei.

London, 11. Juni.  
„Daily Telegraph“ beglückwünscht die bel-  
gische Regierung zur beabsichtigten Frei-  
lassung der politischen Gefangenen in  
der besetzten Zone und ist der Ansicht,  
man könne sich darauf verlassen, daß die  
kommende französische Regierung ein  
gleiches Verfahren verfolgen werde. Die  
britische Regierung werde Belgien für seine  
Haltung dankbar sein, die, wie man glaube,  
eine rasche Besserung in den Beziehungen  
zwischen den Alliierten und Deutschland zu  
bringen werde.

### Völkerbundspolitik der fran- zösischen Linken.

L. J. Der Kampf der französischen Linken  
gegen die hergebrachten politischen Methoden  
kommt immer stärker zum Ausdruck. Georges  
Escelle, Professor für internationales Recht an  
der Universität Dijon, einer der einflussreichsten  
Bekämpfer für eine europäische Einigung der  
französischen Politik, weiß im „Progrès Civique“  
die neuen Wege, die die internationale Diplomatie  
unter die demokratische Kontrolle des Völker-  
bundes stellen soll. Er macht die Geheim-  
diplomatie mit ihrem freudlosen Zutragen  
für den noch immer friedlosen Zustand Europas  
verantwortlich und schlägt schonungslos den An-  
teil Frankreichs an diesem Krieg in Frieden —  
dank der Herrschaft des Bloc National. Escelle  
führt auf: Seit 1919 haben in Frankreich zwei  
Richtungen miteinander gekämpft: die Richtung  
eines Wilson, der, wenn auch nicht klar, doch  
mit starkem Instinkt fühlte, daß die Zeit ge-  
kommen sei, die alten diplomatischen Methoden durch  
eine Völkerbundpolitik zu ersetzen und die Rich-  
tung Clemenceau, die die Regelung des Welt-  
friedes nur als eine deutsch-französische Regierungs-  
angelegenheit betrachtete, wie sie der Krieg von  
1870/71 gewesen war. Diese überalterte An-  
schauung hat Poincaré ans Ruder gebracht;  
auch er erkannte nicht, daß eine Durchführung des  
Versailler Vertrages ein Ding der Unmöglichkeit  
ist, daß die Rettung Europas nur durch eine Zoli-  
darität von Siegern und Besiegten möglich sei.  
Unter Briand, der sich seinerseits sehr um ge-  
meinsames Vorgehen mit England bemühte, hatte  
man in Frankreich einen wesentlichen Schritt ge-  
tan im Sinne der europäischen Solidarität. Ge-  
sonders in Cannes. Aber die reaktionäre Bege-  
gung gegen Briand, die von Millerand und Poincaré  
gefördert wurde, brachte diesen mutigen Politiker  
zu Fall, sobald er ohne Kammerbeschluss gefasst  
wurde; die reaktionäre Kammer hätte seinen  
Finger, um ihn zu halten.  
Mit Poincaré setzt dann die Geheimdiplom-  
atie mit allen Abwehrmaßnahmen ein. Alle  
internationalen Konferenzen werden auf die Arbeit  
des Völkerbundes zurückgeführt, der  
Bruch mit Russland vertieft, die Völkerpolitik  
gegen Deutschland verschärft, die Alliierten vor  
den Kopf gestoßen. Erst als im vergangenen  
Jahre, durch die Ruhrbesetzung, begann man  
Bruch mit den Alliierten drohte, begann man  
einzulernen. Aber das Unheil nahm seinen Lauf,  
der Frankfurter Friede ein und öffnete dem fran-  
zösischen Volk die Augen.

Für alle Völkerbundpolitiker war es ja  
spät. Am 11. Mai hat Frankreichs Volk mit seinen  
Verderbern abgerechnet. Escelle betont, daß auch  
im Bloc National zahlreiche gute französische  
Patrioten sind — sie haben, wie auch Poincaré,  
nicht aus bösem Willen, sondern aus mangel-  
ndem Verständnis für die Forderungen einer neuen  
Zeit gefehlt. Sie sind nur-Franzosen gewesen,  
hypothesiert durch Reparations- und Sicherheits-  
probleme. Sie meinten, Deutschland koste 130  
Milliarden zahlen. Als ob man solche Summen von  
Land zu Land übertragen könnte, ohne das  
ganze Finanzsystem des Schutzes zu ruinieren!  
Seit fünf Jahren, sagt Escelle, hat die franzö-  
sische Linke dauernd auf die finanzielle Seite des  
Versailler Vertrages hingewiesen und Versäufte  
im Sinne des nun akzeptierten Experten-  
programms gemacht, dahingehend, Deutsch-  
land einen großen internationalen Kredit  
zu gewähren und es in die Lage zu setzen, einen  
Teil der öffentlichen Schuld seiner Gläubiger  
zu übernehmen. Vor fünf Jahren, als die deutschen  
Finanzen noch gut waren, wären solche Kredite  
durchaus möglich gewesen. Doch vor einem Jahre  
wollte die Bankierkommission Deutschland 50 Mi-  
liarden Kredite gewähren, heute scheut man sich,  
10 Milliarden zu kredieren. Poincaré selbst hat  
dazwischen die Summe reduzieren müssen und ist  
letztlich auf 26 Milliarden heruntergekommen. Auch diese  
Summe ist fraglich. Die deutsche Mark hat dem  
französischen Franken nach sich gezogen. Deutsch-









Luftverkehr in Sachsen.

Die vor einigen Monaten in Dresden gegründete Sächsische Luftverkehrs-Aktiengesellschaft...

Table with 2 columns: Description of flights and routes, and corresponding passenger numbers.

Diese Leistungen ergeben sich aus einer Reihe von Sonderflügen, welche von Dresden aus nach verschiedenen Städten Sachsens...

Während die vorstehend aufgeführten Flugleistungen in der Hauptsache von einem der Junkers-Flugzeuge der Sächsischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft ausgeführt wurden...

erscheinen, sind in die oben genannten Ziffern nicht mit eingerechnet. Die Tätigkeit der Sächsischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft hat sich unter genauer Innehaltung ihres Arbeitsprogramms...

Grundsätzlich ist die bisher in Sachsen geleistete Arbeit der Sächsischen Luftverkehrs-Aktiengesellschaft bereits Ergebnis zu bezeichnen...

in den nächsten Wochen mit dem Aufbau einer Flughafen-Station begonnen werden. In der Zwischenzeit wird für den Dresdner Luftverkehr der Flughafen in Radeburg noch benutzt...

Was die Aufnahme des planmäßigen Streckenverkehrs anbelangt, so wird auf dem durch die bisherigen Vorarbeiten erzielten Erfolge basierend intensiv weitergearbeitet...

Einladung des Leipziger Reichsanwalts-Notarbes.

Das Reichamt für die Werturteile in Leipzig hat auf Anordnung des Reichsministers der Finanzen die herausgegebenen Notarbescheine...

Offene Stellen für Lehrer.

In der a) Hauptamtl. L.-St. an der Fortb.-Schule in Burgkötzig (B). Bei a. Fortb.-Schule in Burgkötzig (B). Bei a. Fortb.-Schule in Burgkötzig (B).

\* Krankenversicherungs-Vereinigung. Zum Abschluss von Versicherungsverträgen zur Deckung der Kosten eines Krankenhausaufenthaltes...

\* Krankenschule. Hier hat eine Maximalklasse unter den Schulkindern auf, sodass die Schule geschlossen werden musste.

Dresdner Kurse vom 10. Juni.

Large table listing various market prices, exchange rates, and financial data for Dresden on June 10th.

auf die Unterhaltungsstellen der Besatzungsarmee, Verpflegung, Requisitionen und Beschaffungsmitteln, sondern auch auf Grundbesitzverwertungen...

Die Lieferung von Säuggeräten, Säulen, Porzellan, Glas, Ergänzung der elektrischen Lichtanlagen, wurden im Kalenderjahr 1923 nach 1287 417 Goldmark ausgegeben.

Wasserkraft großartig auch die Aufwendungen für landwirtschaftliche Betriebe, welche die Befahrung für landwirtschaftliche Unternehmen...

zweifelhaft Tatsache, dass ohne die Gründung der Deutschen Goldkreditbank der Kapitalzufluss vom Auslande schon in den ersten Monaten...

Der Zootenstand.

Der Zootenstand im Deutschen Reich wird für Anfang Juni 1924 dahin berichtet, dass für Produktion...

Edelmetallpreis. (Berlin 10 Juni.)

Edelmetallpreis. (Berlin 10 Juni.) Gold, 1 kg rein, 2780 Mark. Silber, 1 kg rein, 2780 Mark.

\* Eine Sondersteuer für Zigarettenpapier im besetzten Gebiet. Die Sondersteuer, die bisher im neu besetzten Gebiet für Zigaretten und Zigarettenpapier...

\* Die Goldmarküberwälzung der Tabakfabrikate. Die Nachversteuerung mittels Goldmarküberwälzung...

\* Kreditbank und Zinshilfsbank. Vom Verein deutscher Zinshilfsbankanten wird dem B. T. geschrieben: Von der künftigen Kreditbank...

Volkswirtschaft und Handel.

Sorgenreiche Summen.

Im erschütternden Bild der finanziellen Kriegsfolgen bietet die soeben erschienene vierte Denkschrift über die Besatzungskosten...

Die Besatzungskosten am Rhein veranschlagen also noch mehr als der deutsche Vorkriegsmilitarismus.

Die Welt ist aller vernünftigen Menschen in Europa nach dem Krieg ein riesiger Ruinenhaufen...

Auslandskredite.

Noch ehe die Kreditnot den katastrophalen Umfang angenommen hätte, der jetzt weite Wirtschaftskreise...

\* Die Verluste durch die Frankenspekulation. In maßgebenden Finanzkreisen werden die eifelhaften...